

Polizist in Köln: „Packen Sie das GG weg!“



Am vergangenen

Samstag wollten sich das FREIHEIT-Mitglied Joshua T. und sein Freund Sebastian M. die Kundgebung des salafistischen „Predigers“ Pierre Vogel in Köln ansehen. Auf dem Hinweg machten sie unfassbare Erfahrungen mit der Kölner Polizei. Es wurde ihnen doch tatsächlich eindringlich geraten, das mitgebrachte Grundgesetz wegzupacken, da die Salafisten dieses als „Provokation“ empfinden könnten. Marion D. wurde von der Polizei der Zugang verwehrt, da sie keine Burka tragen würde. Ähnliche Erfahrungen machte FREIHEITS-Mitglied Karl D. am Tag des Pokalfinales in Berlin, als „BVB“-Rufe während einer Gegendemo zu den Salafisten von der Polizei unterbunden wurden, da die Rechtgläubigen dies nicht verstünden und sich ebenfalls provoziert fühlen könnten.

Hier der Bericht von Joshua T. und Sebastian M. über ihre Erlebnisse in Köln:

Die letzten Teilnehmer kommen langsam auf den Barmer Platz an, einem staubigen Schotterfeld hinter dem Kölner Bahnhof Deutz. Eine Muslima, deutlich zu erkennen an dem Kopftuch und dem langen Gewand, beides mit orientalischen Mustern verziert, hält an der Hand ihre Tochter, die sich unwillig von ihr mitschleifen lässt. Vor ihr stolziert der Sohn. Ohne zu

zögern, durchschreiten sie die durch einen Polizeipanzer und Wasserwerfer flankierten Polizeiketten.

Ihr folgen mit uns zwei junge Männer, die wohl zur Verwunderung der eingesetzten Polizisten nicht die Merkmale der auf dem Barmer Platz versammelten Menge tragen.

„Guten Tag.“

„Halt! Bleiben Sie stehen. Kann ich bitte ihre Ausweise sehen?“

„Hier bitteschön.“

Es vergehen einige Minuten. Ein Kreis von fünf Polizisten untersucht die Ausweise und unterhält sich angeregt. Zwei weitere Polizisten schirmen dabei uns zwei Kontrollierte ab.

„Zu welcher Gruppe gehören Sie denn? Wo kommen Sie her?“

„Wir wollen auf den Kongress von Herrn Vogel.“

„Sind Sie links, rechts?“

„Nein, nein. Sie verstehen uns falsch. Wir kommen nicht als Vertreter eines politischen Lagers. Wir möchten uns lediglich über diese Veranstaltung informieren.“

„Gut. Zeigen Sie mal, was haben Sie denn da?“

„Es ist das Grundgesetz.“

„Warum das Grundgesetz?“

„Ich glaube die Frage lautet: Warum nicht?“

„Ich denke, Sie wissen genau, warum man das Grundgesetz hier nicht offen zeigen sollte.“

„Nein. Wieso?“

„Sie wissen doch genau, wo Sie hier sind. Haben Sie denn nicht die Bilder aus Bonn gesehen? Was dort passiert ist. Bei solchen Aktionen wie hier, werden gerne mal Polizisten von denen angegriffen.“

„Finden Sie es nicht ein bisschen beunruhigend, dass man in Deutschland das Grundgesetz nicht mehr offen tragen darf?“

Eine Polizistin nähert sich aus dem Hintergrund mit den Ausweisen.

„Ja in Ordnung. Sie dürfen weiter. Aber lassen Sie das Grundgesetz verschwinden!“

„Ist das Ihr Ernst?“

„Ja packen Sie es einfach weg!“

Als wir beide auf dem Platz ankommen, steckt das Grundgesetz in der Hosentasche. Das Kind der Muslima sitzt inzwischen auf den Schultern eines großen bärtigen Mannes. Es hebt die Hände zum Gebet, das Pierre Vogels Lakai stoßweise in das Mikrofon auf dem weißen Lastwagen ruft.

Marion D. machte eine andere erstaunliche Erfahrung im Umfeld der Kölner Salafisten-Veranstaltung:

Die Polizei untersagte mir zu der Salafisten-Veranstaltung zu gehen. Man sagte mir, würde ich eine Burka tragen, wäre der Zugang ungehindert möglich. Als Frau braucht es offenbar in Deutschland heutzutage eine Burka, damit man sich noch ungehindert bewegen kann. Ohne Worte..

Karl D. berichtet von einer Kundgebung der Salafisten am Potsdamer Platz am 12. Mai, dem Tag des Pokalfinales in Berlin:

Es war eine große Salafisten-Veranstaltung mit einer Hundertschaft Polizei und vielen Schaulustigen, die oft gar nicht wissen, was gerade „geboten“ wird. Plötzlich erschienen etwa 40 BVB-Fans und riefen laut „BVB, BVB“. Ein Polizist trat hinzu und untersagte den Fans das Rufen. Argument: Die Salafisten verstünden nicht, was da gerufen wird und könnten sich provoziert fühlen, da sie denken könnten, die Rufe wären islamfeindlich..

Fazit: Sämtliche Freiheitsrechte werden also ruckzuck einkassiert, wenn es darum geht, „Provokationen“ zu vermeiden. „Provoziert“ wird scheinbar schon mit dem Grundgesetz, der westlichen Bekleidung oder einem Fußball-Fanruf. Das [Abhängen](#)

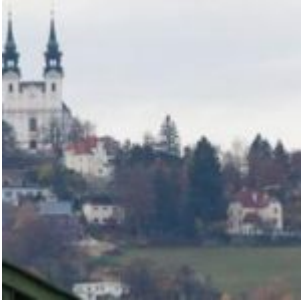
[einer Israel-Fahne](#) im Januar 2009 aus einer Duisburger Wohnung angesichts eines aufgebracht und steineschmeißenden pro-palästinensischen Demonstrationzuges war demnach kein Einzelfall. Deutschland beugt sich in vorseilendem Gehorsam vor der Gewaltbereitschaft der Moslems..

Zur oft feindseligen Haltung von Polizisten in Nordrhein-Westfalen gegenüber Islamkritikern berichtet Michael Stürzenberger:

Am 9. Mai 2009 wollte ich als Journalist zur PRO NRW-Kundgebung in Bergheim. Ich kam mit der Bahn von Köln aus am Bahnsteig Bergheim an. Dort standen schon zwei Einsatzfahrzeuge der Polizei, die eindeutig nur wegen der nahe gelegenen PRO-Veranstaltung dort postiert waren. Ich ging zu einem Fahrzeug, in dem mehrere Polizisten saßen. Ich fragte nach dem Weg zum Kundgebungsgelände, und mir wurde unwirsch entgegnet:

„Das wissen wir nicht. Und wenn wir es wüssten, würden wir es Ihnen nicht sagen.“

Anschließend schoben sie die Seitentür Ihres Fahrzeuges zu. Damit war aus deren Sicht die Unterhaltung beendet. Ich fragte sie noch, ob das die Einstellung „Die Polizei – Ihr Freund und Helfer“ sei. Keine Antwort. Dann zeigte ich meinen Presseausweis, und erst dann erteilten sie mir die Auskunft nach dem Weg. Unfassbar, wie diese Polizisten entweder selber politisch links eingestellt sind und ihre Überzeugung in ihr Verhalten im Dienst einfließen lassen, oder sie möglicherweise vom linksrotgrünen Innenministerium entsprechende Anweisungen erhalten. Das ist die Vorstufe zur linken Gesinnungsdiktatur.



Wie eine PI-Gruppe entstehen kann



Bevor ich mich dazu entschlossen hatte, eine [PI-Gruppe](#) zu gründen, hatte ich, das muss ich ehrlicherweise zugeben, keine Ahnung vom Islam. Ich hatte auch keinerlei Ahnung vom Mainstream und wie er funktioniert. Für mich war das alles völlig normal. Ich habe täglich die Nachrichten im TV verfolgt und alles so hingenommen, wie es gesagt und gezeigt wurde. Ich habe das alles wirklich geglaubt! Alles! Das war bis vor vier Jahren. Ab da hat sich alles geändert.

(Von Thomas, PI-Linz)

Nein, ich bin damals nicht überfallen worden. Und ich habe auch keine übermäßig schlechten Erfahrungen mit gewissen Mitbürgern machen müssen. Aber wir müssen mal an den Anfang gehen, damit auch jeder den Beweggrund versteht.

Ich habe einen guten Freund, der Türke ist. Dieser Freund ist ein Restaurantbesitzer. Er hat, und das muss ich betonen, keinen Dönerladen. Er hat ein Restaurant. Seine Klientel

variiert zwischen Krawatten- und normalen Anzugträgern aus dem gesamten Bevölkerungsspektrum. Es ist also eine ordentliche Gesellschaft zu erwarten, wenn man in dieses Lokal geht. Er selbst benimmt und benahm sich seit jeher, wie man sich bei uns eben verhält. Er trinkt auch gern mal ein Bier mit, weil es einfach zur Atmosphäre passt. Seine Frau und seine Kinder sind ebenfalls türkischer Abstammung, aber das spielte für mich niemals eine Rolle. Es war eben nett und bequem.

Allerdings hat mein Freund auch Laufkundschaft. Leute, die nicht etwa eine Pizza oder ein anderes Gericht einfach so im Sackerl mitnehmen, sondern die gleich große, extra fertiggemachte Fleisch- und Salatplatten mitnehmen möchten. Da so etwas häufig kurzfristig geschieht, müssen die Gäste eine Weile im Lokal verweilen. Und da kam ich mit einem Mann ins Gespräch, der aus dem ehemaligen Jugoslawien kam. Er war sichtlich verärgert darüber, dass mein Freund am hellichten Tag Bier trinkt. Auf die Frage, warum das so schlecht ist, bekam ich die passende Antwort aus dem Koran. Ich war immer noch unwissend und wusste nicht, wie ich reagieren sollte. Meine Frau hat sich bereits angegriffen gefühlt, zumindest war ihr unwohl. Es gab einen heftigen Streit mit ihm, der aber nicht irgendwie ausgeartet ist.

Als ich dann daheim war und ein paar Tage gedanklich darauf herumgekaut hatte, habe ich angefangen, zu recherchieren. Ich bin auf Dinge gestoßen, die waren und sind für mich nicht akzeptabel. Absolut nicht!

Das war für mich ein Schock!

Dieses Spielchen, nämlich Friede, Freude, Eierkuchen, gilt auf einmal nicht mehr. Also was nun? Was tun? Ganz klar, weiter nachforschen. Nachdem ich erkannt habe (nach der Suche und natürlich Recherche), dass es PI gibt, habe ich ersteinmal verschiedene Artikel gelesen. Danach habe ich begonnen, mein Umfeld genauer zu betrachten. Das Ergebnis: Es war nichts zu sehen! Aber ich habe auch die Aussagen meiner Tochter gehört

und die deckten sich eins zu eins mit den Artikeln von PI. Mädchen gehen nicht zum Sport- oder Schwimmunterricht. Immer die gleichen Mädchen und alle muslimischer Abstammung. Dann kommen Mädels oder Buben mit blauen Flecken in der Schule an und behaupten felsenfest, dass sie die berühmte Treppe heruntergefallen sind.

Dieser Prozess zog sich über eine lange Zeit hin, einerseits, weil ich nicht glauben konnte oder wollte, was ich da sah oder las und andererseits, weil ich es nicht wahrhaben wollte, was da passiert. Aber leider ist es die Realität, liebe Freunde. Ich wusste bis dahin auch nicht, warum PI-News überhaupt existiert. Das habe ich dann alles während des Lesens der Artikel erfahren. Die Kommentare der User waren auch sehr hilfreich, weil oftmals Webseiten verlinkt waren, die sich dann mit speziellen Themen befassen.

Nun könnte man sagen, dass ich ein ängstlicher Typ bin, der jeder Gefahr aus dem Weg geht und darum einfach wegsieht. Aber ich habe eine Motivation erfahren, die es für mich unmöglich macht, nicht zu handeln. Und diese Motivation ist in allererster Linie meine Familie. Meine Frau, meine Tochter, mein Hund. Das klingt zwar jetzt wie ein bekannter Werbespot, aber das ist der Beweggrund gewesen, eine eigene Gruppe zu Gründen, die unsere Werte vertritt. Ich möchte gar nicht darüber nachdenken, dass zum Beispiel meine Tochter in eine Volksschulklasse geht, in der von 21 Kindern nur drei Deutsch sprechen. Wo man Bilderkarten benutzt, damit die Kinder überhaupt verstehen, worum es geht. Gerade Schule und Ausbildung sind elementare Dinge, die man nicht vernachlässigen darf. Das wird aber behindert, weil man sich als Lehrer zuallererst verständlich machen muss.

Diese Faktoren, und natürlich noch viele andere, die hier schon ausgiebig diskutiert wurden und werden, haben zur Gründung der Gruppe Linz geführt. Ich war eben der Ansicht, wenn niemand zu handeln anfängt, dann macht es auch niemand. Ich habe festgestellt, dass viele Menschen sich nicht trauen,

in der Öffentlichkeit ihre Meinung zu sagen. Das ist falsch! Sagt, was ihr denkt, auch wenn es gegenüber der landläufigen Meinung anders klingt. Alle, die Mitglied in einer Gruppe sind oder nur auf PI lesen und kommentieren, müssen den Menschen die Angst nehmen, ihre Meinung zu sagen. Das ist das Allerwichtigste. Und dann, nur dann werden wir stärker und werden gehört.

Interessanterweise ging es in der Kennenlernphase der neuen Mitglieder nicht nur um den Islam, wie ich erwartet hatte. Nein es ging um alltägliche Dinge. Es ging auch um Klimawandel und um Korruption in der Regierung. Demnächst werden wir einen Videobeitrag veröffentlichen, in dem es um traditionelle Firmen geht, die immer mehr von Großunternehmen verdrängt werden. Seid gespannt darauf!

» pi-linz@gmx.at

(Foto oben: Das Wahrzeichen von Linz – die Pöstlingbergkirche)

Frankreich: Was auf Deutschland mit dem Parti Socialiste zukommt

Kaum hat man sich eingekriegt vor Lachen über die [Angriffe der gegenwärtigen Favoritin](#) des Präsidenten Frankreichs und sich zum Vergleich noch einmal die phantastischen Geschichten der [Grandes Favorites Royales](#) gegönnt, geht es Schlag auf Schlag weiter. Der Parti Socialiste läßt nichts aus, getroffen werden alle, die nicht bei Drei auf den Bäumen sind: Konkurrentinnen, politische Freunde im Lande sowie solche in Europa. Schon jetzt kann man annehmen: Le couple franco-allemand, das

Deutsch-französische Gespann kommt an sein Ende, es wird nicht in anderer, sondern in keiner Form mehr funktionieren. Dazu hat François Hollande bereits in der [Debatte mit Nicolas Sarkozy](#), vor dem zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahlen, die Weichen gestellt. Lange ist kein derartig offener Haß gegen Deutschland im französischen Staatsfernsehen gesendet worden. [Weiter auf dem Blog von Gudrun Eussner...](#)

Bonn : BIG-Politiker Wegbereiter des Salafismus?



Mit Moussa Acharki gibt es bei der Bonner Islam-Partei „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ einen sehr umtriebigen Multi-Funktionär. Er steht exemplarisch dafür, gegenüber den ethnischen Deutschen als aalglatter Fürsprecher seiner „Community“ aufzutreten, während sich hinter den Kulissen wahrhaftige Abgründe auftun.

Sein kumpelhafter Umgang mit extremistischen Übeltätern und mohammedanischen Hasspredigern spricht Bände. PRO NRW Bonn hat seit 2009 diese Vorkommnisse sehr genau registriert und nun eine kleine Anfrage an die Verwaltung der Bundesstadt gestellt.

Hier der Text:

Fragestellung

Inwiefern schadet es dem Ansehen der Bundesstadt Bonn, wenn mit Moussa Acharki ein sachkundiger Bürger sowie gewähltes Mitglied des Integrationsrates konsequent die Nähe zu islamischen Extremisten sucht?

Begründung

Wiederholt ist Moussa Acharki dadurch aufgefallen, die unmittelbare Nähe zu islamischen Extremisten gesucht zu haben. Der letzte große Vorfall dieser Art fand am 5. Mai 2012 vor der König-Fahd-Akademie in Lannesdorf statt. Acharki bewegte sich dort in den Reihen der salafistischen Gegendemonstranten gegen die Wahlkampf-Kundgebung der Partei des Anfragestellers (Bürgerbewegung PRO NRW). Bei dieser Gegendemonstration ist mindestens ein Kennzeichen ausländischer terroristischer Vereinigungen zum Einsatz gekommen. Mehrere Teilnehmer haben zudem gegen das Vermummungsverbot verstoßen. In einer braunen Jacke gekleidet hielt Acharki sich eine ganze Weile lang auf der Rednerbühne der Gegendemonstration auf. Wenige Meter von ihm entfernt stand als Kameramann der Ägypter Reda Seyam, der verdächtigt wird, ein Hintermann des Sprengstoff-Attentats von Bali (Indonesien) am 12. Oktober 2002 zu sein, bei dem 202 Menschen ermordet worden sind. Ferner schrieb Seyams Ex-Ehefrau autobiographisch unter dem Pseudonym „Doris Glück“, Seyam habe sie während der 1990er Jahre in Bosnien-Herzegowina Hinrichtungen in einem Trainingslager islamischer „Gotteskrieger“ mit ansehen lassen.

Da Acharki islamischer Multi-Funktionär marokkanisch-arabischer Herkunft ist und somit die vorgenannten Zusammenhänge gekannt hat, ist seine Teilnahme an der Gegendemonstration in ethnisch deutschen Kreisen damit vergleichbar, als würde sich jemand zwecks kumpelhafter Deeskalation mitten in einen gewalttätigen Straßenmob von NS-Anhängern begeben, die teils mit Sturmhauben vermummt und

Hakenkreuz-Fahnen schwingend die physische Konfrontation mit der Polizei und dem politischen Gegner suchen. Im Nachhinein ließ Acharki sich in der [WDR-Sendung „Aktuelle Stunde“](#) folgendermaßen zitieren: „Und wir wissen, wie unsere Jugendlichen reagieren – emotional leider.“ Aus islamisch-extremistischen Straftätern, von denen einer mittlerweile in Untersuchungshaft einen Strafprozess wegen [versuchten dreifachen Mordes an Polizeibeamten](#) zu erwarten hat, wurden kurzerhand „unsere Jugendlichen“, denen ein Stück weit Verständnis entgegengebracht werden müsse.

Der Vorfall vom 5. Mai 2012 passt nahtlos in eine Reihe mit Acharkis Aktivitäten als Vorsitzender der Moschee-Gemeinde Al-Ansar. In besagter Moschee trat am 22. November 2009 der deutschstämmige Islam-Konvertit [Pierre Vogel als Redner](#) auf. Zwar predigt der Salafist Vogel im Rahmen seiner öffentlichen Auftritte einen formal gewaltlosen Weg zum herbeigesehnten „Gottesstaat“, jedoch will er nach Errichtung dieses Staatswesens in Deutschland u. a. das eklatant menschenrechtswidrige Strafrecht der [Scharia einführen](#). Am 9. Januar 2011 verteidigte Acharki im Rahmen eines „interreligiösen Dialog-Treffens“ in seiner Al-Ansar-Moschee unter Zeugen die Einladung Vogels gut ein Jahr zuvor. Vogel charakterisierte er euphemistisch als eine Art Sozialarbeiter für islamische Jugendliche. [Die Salafisten verklärte er](#) zu einer missverstandenen Gruppe traditionell orientierter Mohammedaner.

Die vorgenannten Tatsachen legen es nach Meinung des Fragestellers nahe, dass Acharki neben anderen Parteigenossen des „Bündnisses für Innovation und Gerechtigkeit“ (BIG) eine halb konspirative Förderung islamisch-extremistischer Bestrebungen betreibt. Zusätzlich genährt wird dieser Verdacht durch den Fakt der BIG-Forderung nach einem [Verbot öffentlich geäußelter Islamkritik](#) und somit nach einer grundgesetzwidrigen Einschränkung der Meinungsfreiheit. Die Forderung nach einem Verbot

salafistischer Organisationen zum Schutze des Ansehens der islamischen Glaubensgemeinschaft ist aus den BIG-Reihen noch nie zu vernehmen gewesen. Bisläng zeigten BIG-Funktionäre vielmehr weder gegenüber zutiefst judenfeindlichen Palästina-Arabern noch gegenüber den türkischen Islam-Extremisten von „Milli Görüs“ noch gegenüber den Salafisten (siehe oben) in irgendeiner Weise erkennbare Berührungängste.



15. Juni: Konferenz zur „Nachhaltigkeit“ in Berlin



Der Neusprech-

Begriff „Nachhaltigkeit“ darf in keiner Festschrift, keinem Schulbuch, keiner Politikerrede, keinem Talkshow-Geschwätz mehr fehlen. In wenigen Tagen werden wir den Begriff noch viel öfter hören, so dass er uns zu den Ohren herausfliegt. Denn nächste Woche werden sich die Profiteure dieses Begriffs bei der „UN-Rio Conference on sustainable development“, kurz Rio + 20 (20. bis 22. Juni), wieder ordentlich feiern.

Haben Sie es doch geschafft, den Politikern in reichen Ländern dieser Erde einzureden, dass ihr Wohlstand nur von den armen Ländern gestohlen sei, und dringend – mit kleinen Abgaben zu ihren Gunsten versteht sich – umverteilt werden muss. Unsere Grünen haben sich schon in Bataillonsstärke angemeldet. Und die Mainstream-Medien singen dieses Lied gerne und kräftig mit. Aus diesem Grunde veranstalten das Europäische Institut für Klima und Energie (EIKE), Berlin Manhattan Institut (BMI) und Haus der Zukunft Berlin – Internationales Institut für Deutschland- und Europapolitische Bildungsarbeit am 15. Juni eine Aufklärungskonferenz über den extrem teuren und freiheitsfeindlichen Rio-Nonsens in Berlin. [Hier gehts zur Anmeldung...](#)

PI-Beiträge zum Thema Nachhaltigkeit:

- » [Neue ökofaschistische Welle: “Nachhaltigkeit”](#)
 - » [“Der neue Götze Nachhaltigkeit” von Wolfgang Halder \(Teil 1\)](#)
 - » [“Der neue Götze Nachhaltigkeit” von Wolfgang Halder \(Teil 2\)](#)
-

Tunesien als Urlaubsland?

✘ Falls Sie Ihren Tunesienurlaub schon fest gebucht haben, hier ein paar Reise-Informationen aus dem [Spiegel](#) mit einigen praktischen Tipps von PI.

Zunächst der Spiegel:

Tunis – Nach heftigen Ausschreitungen haben die tunesischen Behörden eine nächtliche Ausgangssperre verhängt. Die Regelung gelte für die Hauptstadt Tunis und sieben weitere Ballungsgebiete zwischen 23 und 7 Uhr, teilte das Innen- und das Verteidigungsministerium mit.

Da man in Tunesien möglicherweise keinen Alkohol mehr erhält, braucht man als Tourist keine darüber hinausgehenden Ausgangszeiten. Ausreichend Reiselektüre mitnehmen.

Hunderte Islamisten hatten sich zuvor in der Hauptstadt Tunis mit der Polizei blutige Straßenschlachten geliefert. Bei den Ausschreitungen wurden mehr als hundert Menschen verletzt und 160 festgenommen.

Verbandszeug nicht vergessen. Pfefferspray nicht ins Handgepäck. Bei der Versicherung erkundigen, welche im Ausland erworbenen Körperschäden abgedeckt sind.

Mehrere Gruppen von Randalierern, darunter Salafisten, hatten öffentliche Gebäude und Polizeiwachen attackiert. In mehreren Vierteln zündeten Demonstranten Reifen an und warfen Brandsätze auf Sicherheitskräfte. Ein Ministeriumssprecher sagte, der etwa zeitgleiche Ausbruch der Gewalt an mehreren Orten lasse eine „organisierte“ Aktion vermuten.

Mietwagen Vollkasko versichern. Orte mit Polizeistationen meiden.

Innenminister Ali Larayedh hatte die Befürchtung geäußert, dass die Unruhen auch in den kommenden Tagen anhalten würden. Auslöser der Krawalle war eine Kunstaussstellung in einem Vorort von Tunis, bei der nach Ansicht der Islamisten Muslime beleidigt werden.

Verhalten Sie sich so unbeleidigend wie möglich: Kopftuch gehört nicht in den Koffer, sondern ins Handgepäck. Kreuz ablegen. Männerhosen sollten oberhalb der Knöchelzone enden. Damengarderobe bitte knöchel-, handgelenk- und halsbedeckend. Auf Schmuck und aufreizende Kosmetik verzichten.

Tunesien befindet sich zwar noch nicht auf der Liste der Länder, vor deren Bereisung das Auswärtige Amt ausdrücklich

warnt, aber hier vorsorglich der Link zur langen [Länderliste](#).

PI wünscht [gute Reise!](#)

Auch [Qaida-Chef El Sawahiri](#) wünscht angenehmen Aufenthalt!

(Foto oben: Tunis bei Nacht)

Merkel verbrennt in EU eine Billion in zwei Jahren



Unsere Mutti, die Physikerin mit Schwächen in Grundrechenarten und Prozentrechnung, hat uns in zwei Jahren über eine Billion EUdSSR-Schulden aufgehalst. Der EFSF, der ESM, der kommen soll, und die anderen Rettungsaktionen sehen vor, daß die teilnehmenden Mitgliedsstaaten mit einem bestimmten Prozentsatz für die ganze Summe haften. Was die Luschen in Politik und Presse größtenteils immer noch nicht geschnallt haben – fällt ein Teilnehmer aus, zahlt der Rest auch dessen Anteil. So und jetzt geht's ans Rechnen!

Zunächst einmal die Tabelle mit den 17 ESM-Mitgliedsländern, [wie alles einmal sein sollte](#), in Prozent der zu zahlenden Hilfe:

Germany 27.1464

France 20.3859
Italy 17.9137
Spain 11.9037
Netherlands 5.717
Belgium 3.4771
Greece 2.8167
Austria 2.7834
Portugal 2.5092
Finland 1.7974
Ireland 1.5922
Slovakia 0.824
Slovenia 0.4276
Luxembourg 0.2504
Cyprus 0.1962
Estonia 0.186
Malta 0.0731

Wie es sein sollte! Denn die Wahrheit ist, die Hälfte (in den Farben rot, violett) sind als Zahler bereits ausgefallen oder dabei auszufallen und deren Anteile von rund 58% müssen vom Rest der Rettungsschirm-Piloten übernommen werden, von wem sonst? Wir natürlich an der Spitze, aber auch der Anteil z. B. von Austria wird sich gewaltig erhöhen. Da werden die Österreicher noch gucken. **Frage an die Kopfrechner:** Für wieviel Prozent stehen wir jetzt schon gerade?

Der EFSF, der neue ESM, sind aber nicht alles, es gibt noch IWF-Kredite, Target-Salden, den EZB-Anleihenkauf und so weiter. Die Summe aus allen diesen Verbindlichkeiten beträgt 1,5 Billionen Euro, die prozentmäßige Haftung ist nicht überall dieselbe, aber Deutschland liegt als Zahlmeister immer an der Spitze und haftet schöngerechnet mit 392 Millionen Euro. Aber genau die oben rot eingezeichneten Länder zahlen von den 1,5 Billionen auch nichts. Dies bedeutet in einfacher Mathematik: Deutschland haftet mit mehr als 1 Billion – schon hier und heute! [Tabelle hier!](#) Das hat unsere Mutti-Regierung in zwei Jahren hingekriegt, nur für den Euro und das Ausland!

Und die Fortsetzung läuft – jeden Tag!



München: Erneuter Rauswurf aus Veranstaltung

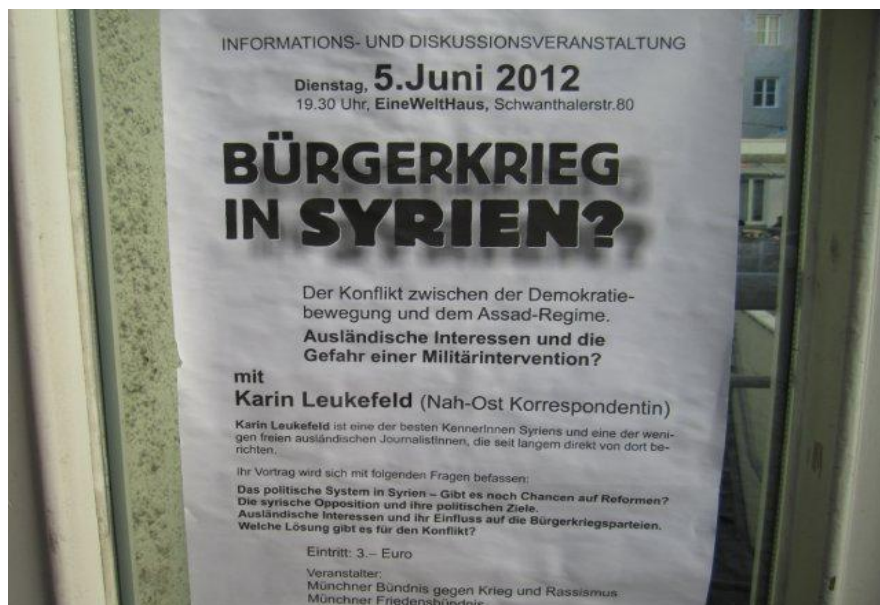


Nach dem Skandal bei dem Heigl-Vortrag im Münchner DGB-Haus, bei dem drei unbescholtene Bürger noch vor Beginn der Veranstaltung unter Berufung auf das Hausrecht von den Veranstaltern [hinausgeworfen wurden](#) – ohne dass sie zuvor negativ aufgefallen waren – kam es keine drei Stunden später bei einem Vortrag über Syrien im „Eine-Welt-Haus“ zu einem ähnlichen Vorfall. Als auch hier einige „Anti“-Faschisten vom nahe gelegenen DGB-Haus eingetroffen waren, identifizierten sie einen Besucher als einen derjenigen, die kurz zuvor mit

Polizei-Eskorte die Heigl-Veranstaltung verlassen mussten. Es begann ein Getuschel mit dem Moderator, woraufhin der Bürger aufgefordert wurde, den Raum zu verlassen. In linken Münchner Kreisen werden mittlerweile also ganz offen STASI-ähnliche Methoden angewendet.

(Von Michael Stürzenberger)

Der Vortrag „Bürgerkrieg in Syrien?“ von der Nahost-Korrespondentin [Karin Leukefeld](#) am vergangenen Dienstag war eigentlich sehr interessant gewesen. Obwohl die freie Journalistin regelmäßig für die „Junge Welt“ schreibt und möglicherweise auch ziemlich links eingestellt ist, brachte sie objektive und durchaus islamkritische Fakten über die diffizilen Vorgänge, die momentan in Syrien ablaufen.



Das Thema scheint auch ein eher linkes Publikum sehr zu interessieren, und so war der Vortragsraum des Eine-Welt-Hauses in der Münchner Schwanthalerstraße bis auf den letzten Platz gefüllt.



In ihrer Einleitung stellte sie dar, dass sich Syrien immer noch im Kriegszustand mit Israel befindet. Man wolle nicht akzeptieren, dass Israel seit dem arabischen Angriffskrieg von 1967 die Golan-Höhen annektiert hält. Leukefeld stellte hierbei aber nur die syrische Sicht dar, dass die Golan-Höhen wohl als fruchtbares Ackerland und wegen der Wasserversorgung wichtig seien. Sie verschwieg aber, dass sich Israel ohne diese Golan-Höhen militärstrategisch kaum verteidigen lässt. Dies hatte auch Elisabeth Sabaditsch-Wolff während der Reise der European Freedom Alliance im Dezember 2010 erläutert.



Von den Golan-Höhen führt eine breite Taltrasse direkt nach

Tel Aviv. Die Distanz beträgt nur etwa 35 Kilometer. Einen massiven Panzerangriff kann man aus Sicht der israelischen Militärs nur von den Golan-Höhen aus wirksam stoppen.



Leukefeld erwähnte all dies nicht. Normalerweise wird es einem angegriffenen Land auch zugestanden, bei einem gewonnenen Krieg Land zu annektieren. Als deutsche Vertriebene im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands die Oder-Neiße-Linie kurz erwähnten, gab es sofort hochempörte Reaktionen. Aber Israel scheint ganz offensichtlich nicht dieses Recht zu haben, das Polen und der Tschechei wie selbstverständlich gewährt wird.



Leukefeld beschrieb im weiteren die enge Allianz zwischen

Syrien und dem Iran, die auf deren tiefen Misstrauen gegenüber der arabischen Welt beruhe. Die Konflikte Syriens mit dem Irak und auch Saudi-Arabien spielten hier auch eine wichtige Rolle. Die Türkei versuche gerade, über die verbotene syrische Muslimbruderschaft, die die regierende Baath-Partei bekämpfe und Terroranschläge ausübe, Einfluss in Syrien zu bekommen. Die in der Türkei regierende AKP ordnet Leukefeld der sunnitischen Muslimbruderschaft zu. Sie versuche, das „türkische Modell“ in die arabische Welt zu transportieren.

Teile der syrischen Muslimbrüder seien ins Ausland geflohen, hauptsächlich nach Jordanien, und unterstützten von dort den Aufstand in Syrien. Es gäbe Berichte über bewaffnete Kräfte in Homs, die Anschläge auf syrische Soldaten verübten. Diese Soldaten sollen auch das christliche Viertel in Homs beschützen. Teile der syrischen Muslimbrüder befänden sich mittlerweile übrigens auch in Deutschland, speziell in Aachen, wo sie eine Moschee betreiben sollen.

Sowohl die Opposition als auch die Regierung seien in Syrien tief gespalten. Der Weg zu einem demokratischen System sei schwierig. Die Muslimbruderschaft stelle die stärkste Organisation im syrischen Nationalrat und lehne jeglichen Dialog ab. Sie fordere gezielte Militärschläge gegen Einrichtungen des Präsidenten und der Armee. Außerdem solle eine Flugverbotszone eingerichtet werden, obwohl es gar keine Einsätze der syrischen Luftwaffe gegen die Aufständischen gebe. Soldaten, die aus der regulären syrischen Armee desertierten, würden sich nicht der „Freien Syrischen Armee“ anschließen, sondern nach Hause zu ihren Familien gehen, denn sie wollten in diesem Konflikt nicht kämpfen.

Saudi-Arabien und Katar hätten etwa 100 Millionen Dollar an die Aufständischen gezahlt. Hiervon solle unter anderem ein monatliches Gehalt für Kämpfer dieser „Freien Syrischen Armee“ gezahlt werden, die aus bis zu 30 verschiedenen Untergruppen bestehe. Darunter befänden sich auch islamistische Söldner, die schon im Irak und auch Afghanistan gekämpft hätten.

Leukefeld sieht keine Chance für politische Kräfte in Syrien, denn sie seien völlig zur Seite gedrängt.

Es gebe Versuche, die Annan-Mission durchzusetzen, um den friedlichen Übergang zu einem demokratischen Staat durchzusetzen. Europa und die NATO versuchten in Syrien ein System zu installieren, das mit dem Iran breche und Frieden mit Israel schließe.

DISKUSSION

In der anschließenden Diskussion stellte ich die Frage, ob auch in Syrien die Bildung eines islamischen Gottesstaates wie in Ägypten oder Tunesien zu befürchten sei und ob Al-Qaida in Syrien aktiv ist.

Leukefeld antwortete, dass der Islam in Syrien stark verankert sei und es viele sunnitische Muslime gebe. Die Muslimbrüder seien vom Assad-Regime aber verboten und auf die Mitgliedschaft stehe die Todesstrafe. Momentan erstarke aber der Islam, es würden viele Religionsschulen installiert. Dem Islam werde also mehr Raum gegeben, aber nicht unter dem Namen „Muslimbrüder“.

Al Qaida sei in Syrien aktiv, viele Kämpfer würden vom Irak her einsickern. Man sehe viele Embleme, die bei Demonstrationen hochgehalten werden würden. Viele Anschläge in Aleppo und Damaskus seien wohl von Al-Qaida oder zugehörigen Organisationen ausgeführt worden.

Die meisten Moslems in Syrien würden aber nach Leukefelds Meinung momentan keinen islamischen Gottesstaat und keine Einführung der Scharia wollen. Die Religiosität sei unter syrischen Moslems derzeit wohl nicht so hoch.

Auf der Frage nach den derzeit starken Parteien erläuterte Leukefeld, dass die regierende Baath-Partei des Präsidenten Assad 3 Millionen Mitglieder habe. Die Kommunisten seien derzeit die zweitstärkste Kraft, was viele Anwesende mit

freudiger Zustimmung quittierten. An dritter Stelle folgten aber schon die Islamisten, und wenn diese sich formierten und programmatisch aufstellten, würden sie nach Leukefelds Einschätzung in vier bis acht Jahren die stärkste politische Kraft werden.



Nach weiteren mir eher uninteressant erschienenen Fragen verließ ich die Veranstaltung. Kurz darauf sollen die extrem linken Aktivisten aufgetaucht sein, die dann sofort nach Erblicken eines Bürgers im Raum das Tuscheln mit dem vollbärtigen Moderator (im Bild oben rechts) begannen. Daraufhin forderte jener den Bürger auf, den Raum zu verlassen.



Dieser Bürger, der früher jahrelang SPD-Wähler war, dann zur CSU umschwenkte und mittlerweile aus diversen Gründen Sympathisant der FREIHEIT ist, ließ sich nach den Erfahrungen zuvor im DGB-Haus auf keine Diskussion mit diesen Linken ein und verließ den Raum. Schade, dass ich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr anwesend war, denn ich hätte es zusammen mit diesem Bürger sehr gerne auf eine Diskussion über diese STASI-mäßigen Methoden ankommen lassen. Und ich hätte auch gerne Karin Leukefeld gefragt, ob sie mit diesen völlig undemokratischen und diktatorisch anmutenden Maßnahmen einverstanden sei.

Wie dieser vollbärtige Moderator tickt, ist an einem Flugblatt erkennbar, das er vor Beginn der Veranstaltung unter den Anwesenden verteilte. Es handelt sich um einen Aufruf, den Krieg mit dem Iran zu verhindern. Der „angekündigte Militärschlag“ sei „nicht widerspruchslos hinzunehmen“, sondern man müsse „rechtzeitig aufstehen“ für den „Frieden“. In dem ganzen Papier ist kein Wort von der Gefährlichkeit des iranischen Islam-Regimes zu lesen, das die Vernichtung Israels bekanntlich ganz offen fordert.



Protest gegen die Rauswurf-Methoden können ans „[Eine-Welt-Haus](#)“ gerichtet werden:

» geschaeftsstelle@einewelthaus.de




Ob die Referentin Karin Leukefeld mit diesem Vorfall bei ihrem Vortrag einverstanden ist, kann unter dieser email-Adresse erfragt werden:

» karin@leukefeld.net

(Fotos: Michael Stürzenberger)



Suspendierter Politiklehrer: „Ich widerrufe!“

 Was früher die heilige Inquisition und die Streckbank waren, sind heute die Medien und die Drohung mit der Vernichtung der beruflichen und sozialen Existenz. Zumindest wenn es darum geht, die Einhaltung der ungeschriebenen Gesetze der Political Correctness zu überwachen und durchzusetzen, Abweichler wieder auf Kurs zu bringen und alle übrigen erst gar nicht auf dumme Ideen kommen zu lassen.

Egal ob Streckbank oder Vernichtung der bürgerlichen Existenz – die Natur des Menschen hat sich in den letzten Jahrhunderten nicht wesentlich geändert und noch immer sind die wenigsten zum Helden geboren. Persönlichkeiten wie der [Aachener Polizeihauptkommissar und PRO-NRW-Vize Wolfgang Palm](#) sind bundesweit wahrscheinlich an einer Hand abzuzählen. Viel häufiger sind dagegen die – menschlich verständlichen – Reaktionen wie aktuell im Falle des Dortmunder Gymnasiallehrers Dr. Daniel Krause. Der eigentlich links stehende 32jährige hatte das Gedankenverbrechen begangen, sich ein eigenes Bild von einer PRO-NRW-Demo gegen Salafisten zu machen und dort spontan eine Rede gehalten ([Video hier](#), Redetext im Wortlaut s.u.), nachdem er sich aus erster Hand davon überzeugt hatte, dass dort keine Menschenfresser und sonstigen Neonazis anwesend waren.

Das allein reichte bereits, dass das politische System dieser Republik mit voller Härte zurückschlug. Flugs offenbarten die linksextremisten Hilfstruppen des Establishments [alle genauen persönlichen Daten des Delinquenten im Internet](#) und hilfswillige Journalisten griffen begierig die Steilvorlage

auf. Assistiert von einer willfährigen Schulleitung des Dortmunder Stadtgymnasiums und einer ebenso opportunistischen Schulaufsichtsbehörde bei der Bezirksregierung Arnsberg. [Das Urteil war gefällt](#), noch bevor der Delinquent auch nur einmal angehört wurde: Verstoßung aus der Mitte der Rechtgläubigen und ab auf die mediale Streckbank, bis der Sünder widerruft. Falls nicht, folgt unwiderruflich die berufliche Existenzvernichtung auf dem Scheiterhaufen der Political Correctness.

Wer wollte es da einem menschlich nachtragen, schwach zu werden? Dr. Daniel Krause hat dem Druck auf jeden Fall nicht mehr länger standgehalten und nun [öffentlichwirksam abgeschworen](#). Ob ihm das freilich weitere Tage auf der medialen und staatlichen Streckbank erspart, bleibt abzuwarten.

Spontane Ansprache von Dr. Daniel Krause bei der Demonstration von PRO KÖLN/PRO NRW gegen Pierre Vogel und die Salafisten in Köln am 9. Juni 2012:

„Ich bekenne mich eigentlich zu linken Werten und wollte mir heute mal angucken, ob ich nicht hier viel besser aufgehoben bin als anderswo. Als bekennend Homosexueller habe ich mehr Angst in Deutschland vor Islamisten als zum Beispiel vor Nazis. Ich bin so oft von Islamisten bedroht worden; islamistische Eltern wollen Schulunterricht beeinflussen in den Schulen, als Lehrer kann ich das oft so sagen, ich habe die Erfahrung gemacht, dass der Islamismus die größere Gefahr ist und dass der Rechtsextremismus das ist, was alle einfach blind bekämpfen, ohne zu reflektieren, und im Gegensatz zu der FREIHEIT (deutet hinüber auf die andere Straßenseite) schäme ich mich nicht, heute mir das hier angehört zu haben. (Beifall)

Ich möchte vor allem anknüpfen an die Tradition der

Niederlande. Pim Fortuyn ist vor etwa zehn Jahren ermordet worden, er war der erste in Europa, der als bekennend Homosexueller die Bedrohung des Islams erkannt hat. Geert Wilders führt die Tradition fort, und ich würde mir wünschen, dass in Deutschland eine Bewegung entsteht, wo man auch linke liberale Werte integriert in den Kampf gegen Islamismus, weil Islamismus eine so große Gefahr ist, dass wir bürgerlichen Deutschen uns nicht auseinandertrennen sollen, sondern dass wir vereint dastehen sollen, besonders hier. (starker Beifall)

Die antispeziesistische Aktion ist eigentlich eine Tierrechtsaktion, eine vegane Aktion, und auch der Umgang mit den Tieren ist hier in unserer Kultur übrigens deutlich humaner als bei den Muslimen, die das Schächten noch immer betreiben. (viel Beifall)

Ich bin zwar nach wie vor kein Wähler von pro Köln, aber in der Demokratie muss auch das erlaubt sein, sowas hier zu zeigen (zeigt auf die Schilder der Demonstranten). Wir dürfen uns nicht von Salafisten vorschreiben lassen, was man zeigen darf und was nicht. Es lebe die Freiheit, das Grundgesetz! (wieder Unterbrechung durch Beifall).

Immer wieder bin ich bei linken Veranstaltungen der Antispe und der Antifa gewesen, und viele haben mich kritisiert, mich gewaltsam von den Veranstaltungen versucht wegzubekommen, weil ich mich islamkritisch geäußert habe. Hier erlebe ich heute friedliche tolerante Menschen, und ich habe mir jedes Gesicht angeguckt; ich glaube nicht mehr das, was die Medien über pro Köln fälschlicherweise sagen. (Beifall)

Im Moment, auch wenns hier nicht gefällt, werde ich nach wie vor die Grünen wählen, aber ich akzeptiere es und finde es auch gut, dass andere Themen aufgerissen werden, als die Grünen es tun, denn man kann nicht einerseits „gegen Nazis“ sein; man kann nicht einerseits, auch wenns zu Recht geschieht, den Papst kritisieren, aber andererseits die Religion des Islamismus, die noch viel frauenfeindlicher und

homophober ist, so naiv unterstützen, und das, was früher als ‚Nazis‘ bezeichnet wurde, bezeichnet man heute als multikulturelle Bereicherung, das geht so nicht. (Beifall, Bravo-Rufe)

Ja, dann möchte ich mich weiter nicht in Szene setzen, sondern mich bedanken, dass man mich hier friedlich empfangen hat, vielleicht auch bei der Polizei bedanken, die sich doch hier schützend vor uns gestellt hat, das will ich auch mal sagen, die haben es nicht leicht gehabt in Solingen (Beifall) und gebe wieder an die, die die Veranstaltung hier organisiert haben und das mit ziemlich viel Aufwand hier auch zustandegebracht haben.“

Berlin: FREIHEIT-Demo für mehr Sicherheit



Ende vergangener Woche haben die skandalösen Vorgänge um die Mord-Drohungen linksextremer Faschisten gegen den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Marc Doll das Vertrauen der FREIHEIT in die

Führung der Berliner Polizei und hierbei in erster Linie in den Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) massiv erschüttert ([PI berichtete](#)). Die Partei hat nun am Samstag eine Demonstration am Brandenburger Tor für mehr Sicherheit und eine Stärkung der Polizei durchgeführt, was gleichzeitig aber einen völligen Strategiewechsel in der Sicherheitspolitik voraussetzt, als sie sich derzeit selbst unter CDU-Beteiligung in Berlin präsentiert. Neben Parteimitgliedern der FREIHEIT aus Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen waren auch Anhänger der Deutschen Konservativen unter den rund 100 Demonstranten.

Wie gefährlich Polizisten heutzutage in Deutschland angesichts der muslimisch-migrantischen Bereicherung leben, zeigt dieser Bericht bei Zukunftskinder: „[33-jähriger Türke beißt Bundespolizisten in Lübeck](#)“. Viele Fotos und ein ausführlicher Bericht von der Berliner Demo auf der [Internetseite der FREIHEIT](#).

Geschäftsführer der Korandruckerei entlassen

Es geht mal wieder um die Korane mit dem „LIES!“-Befehl, von denen der Salafist Ibrahim Abou Nagie 25 Millionen an deutsche Haushalte verteilen lassen will. Gedruckt wurden 300.000 in Ulm. Jetzt kommt frischer Nachschub. Und zwar mit Folgen: Wie der [STERN](#) heute unter Berufung auf dpa meldet, hat der Geschäftsführer der Ulmer Druckerei Ebner & Spiegel seinen Job verloren:

Weil er doch wieder Exemplare der umstrittenen Gratis-Korane für Salafisten drucken ließ, ist der Geschäftsführer der

Ulmer Druckerei Ebner & Spiegel seinen Job los. Der Mann habe einen entsprechenden Druckauftrag alleine angenommen, ohne die Geschäftsführung der Holding CPI GmbH zu informieren, teilte diese mit.

Im April hatte das Druckerei-Unternehmen beschlossen, keine Korane mehr für die Salafisten zu drucken und hatte auch einen diesbezüglichen Auftrag storniert. Dazu [Welt online](#):

Die Aussage war eigentlich eindeutig: „Wir drucken nichts, was extrem im Sinne von islamistisch ist“, sagte ein Sprecher der Ulmer Druckerei „Ebner & Spiegel“ im April zu „Welt Online“. Anschließend stoppte das Unternehmen den Druck von Tausenden deutschen Übersetzungen des Koran.

Dies wurde offenbar unterlaufen und schädigt nun weiter den Ruf des Unternehmens:

Nach dem Druckstopp hatten die Salafisten lediglich Restbestände der Bücher an Passanten verteilen können. Nun soll die Kampagne allerdings fortgesetzt werden. Nach Informationen von „Welt Online“ hat die Ulmer Druckerei „Ebner & Spiegel“ erneut zehntausende Korane für Salafisten produziert.

Welt online hat sich dahintergeklemmt:

Aus einem internen Auftragspapier, das „Welt Online“ vorliegt, geht hervor, dass am 25. Mai insgesamt 50.000 Koran-Exemplare bei „Ebner & Spiegel“ geordert wurden. Auftraggeber war in diesem Fall der Verein „Nur Für Dich e.V.“. Hinter dem Verein verbirgt sich nach Informationen von „Welt Online“ das radikalislamische Missionierungsnetzwerk „Die Wahre Religion“ des Kölner Salafisten Ibrahim Abou Nagie, der zugleich der Initiator der umstrittenen Koran-Verteilaktion „Lies!“ ist.

Wie dem Auftragspapier zu entnehmen ist, sollen die neu produzierten Bücher am 19. Juni ausgeliefert werden. Laut dem Dokument wird die aktuelle Produktion als „1. Auflage“ des Vereins „Nur Für Dich e.V.“ deklariert.

In den Koran-Übersetzungen steht allerdings „6. überarbeitete Auflage. Juni 2012. Herausgeber: Ibrahim Abou Nagie“. Die Produktion der Bücher ist am Montag abgeschlossen worden, wie „Welt Online“ erfuhr.

Wir werden also weiterhin „friedliebende“ Salafisten Korane verteilen sehen:

Für die kommenden Wochen sollen nach Informationen der „Welt“ allerdings neue Koran-Stände in mehreren Bundesländern – so etwa in Nordrhein-Westfalen – angemeldet worden sein.

Wir haben [gestern](#) zwar die Frage gestellt, ob Abou Nagie demnächst für die Korane Geld nimmt, aber dann wäre es ja keine „informative“ Verteilaktion mehr, sondern eine Verkaufsaktion und dann wäre sehr schnell Schluss mit lustig in Deutschlands Fußgängerzonen.

Erneut stellt sich also die Frage nach der Finanzierung. Abou Nagie, der [eigentlich im Gefängnis](#) sitzen sollte, soll derzeit nur über private Einnahmen in Form von Kindergeld verfügen. Die 25 Millionen Korane sollen im Druck 75 Millionen Euro kosten. Woher hat Abou Nagie so viel Geld? Wird hier vielleicht Geld aus irgendwelchen „schwarzen Kassen“ mittels Koransuren eingewaschen? Ist Nagis Koran haram (unrein)? Laut [Spiegel](#) wird die berüchtigte Kölner Staatsanwaltschaft den Salafistenprediger ins Gebet nehmen:

Der umstrittene Kölner Salafisten-Prediger Ibrahim Abou Nagie bekommt Ärger mit der Justiz: Die Staatsanwaltschaft in Köln ermittelt gegen den 47-Jährigen wegen Sozialbetrugs, wie ein Behördensprecher sagte. Eine Prüfung hatte ergeben, dass Abou

Nagie über nicht angegebene Einnahmen verfüge und somit keinen Anspruch auf Sozialleistungen habe, hieß es am Dienstag aus Kreisen der Stadt Köln.

Was von „Ermittlungen“ der Kölner Staatsanwalt in Sachen Abou Nagie zu halten ist, kann man [hier](#) detailliert nachlesen.

Update 1: Wie [SWR](#) und [Welt online](#) jetzt mitteilen, will das Unternehmen CPI die illegal gedruckten Korane vernichten lassen. Wenn das mal keinen Aufstand gibt... [Zukunftskinder](#) befürchten das Schlimmste!

Update 2: Die [Süddeutsche](#) nimmt uns die Arbeit ab und titelt: „Salafisten-Propaganda – Druckerei stoppt Auftrag für Gratis-Korane“, was man auf die einfache Formel Salafisten-Propaganda = Koran bringen kann. Dank an die Süddeutsche für die Aufklärungsarbeit! Aber dann: „Ein Sprecher des Missionsnetzwerks „Die wahre Religion“ lehnte eine Stellungnahme zum Druckstopp ab.“ Abou Nagies Salafistentruppe als „Missionsnetzwerk“ zu bezeichnen lässt auf einen vollkommen gestörten Bezug zur Realität schließen. Das ist dann wieder typisch SZ.

» [Hier](#) die nächsten Termine der Koranverteilungen

BILD feuert sozialistische Neidhammel an

☒ Anton Schlecker fährt in einem Porsche spazieren. Warum soll er das nicht? Er hat Zehntausenden von Verkäuferinnen jahrzehntelang einen Job gegeben. Aber laut BILD darf er das nicht. Er muß das Auto verkaufen und jeder ehemaligen

Schlecker-Verkäuferin dafür 1 Euro geben, dann ist die [sozialistische Neidhammelgesellschaft](#) wieder befriedigt. Diesen billigen Drecksjournalismus zur Genugtuung der mißgünstigen Leserschaft findet man nicht allein bei BILD. Neid ist nicht nur eine der sieben Hauptsünden, sondern eine der primitivsten und destruktivsten Charaktereigenschaften der Deutschen. Laut Götz Aly ist der Neid sogar die Haupttriebfeder für den Holocaust gewesen.



Energiewende ist politisch, nicht sachlich motiviert



Die deutsche Energiewende ist politisch, nicht sachlich motiviert. Mit Hilfe Jahrzehnte langer, gezielter Falschinformationen von interessierten Medien und grünroten Politikern gelang es, die Akzeptanz der Kernenergie in der deutschen Bevölkerung stetig zu mindern und Furcht vor der Kernkraft bis zur Absurdität zu

steigern.

(Von Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke, Dipl.-Physiker)

Als Folge davon bedurfte es nur noch eines Auslösers, um die Stimmung endgültig umschlagen zu lassen. Dieser war ein katastrophales Erdbeben mit nachfolgendem Tsunami in Japan. Zumindest das zweite Ereignis ist in Deutschland unmöglich. Die Zwanzigtausend Opfer dieser Naturkatastrophe waren den deutschen Medien kaum eine Erwähnung wert. Dagegen wurde die durch den Tsunami und unzureichende Sicherheitsvorkehrungen ausgelöste Havarie mehrerer Kernkraftwerksblöcke in Fukushima zu einem Ereignis stilisiert, das die deutsche Abkehr von der Stromerzeugung aus Kernkraft unabdingbar machen müsste.

Indessen ist bis heute in Fukushima kein einziges Menschenleben durch unzulässig hohe radioaktive Strahlung zu beklagen. Verantwortlich für die definitive Entscheidung zur Aufgabe der Kernkraft hierzulande war schließlich eine von der Bundeskanzlerin Angela Merkel beauftragte Ethikkommission. Dieser gehörten ein Landes- und ein Erzbischof, sowie der Präsident des Zentralkomitees deutscher Katholiken an, aber kein einziger Energieexperte. Die Kommission befürwortete den internationalen Sonderweg Deutschlands hin zu einer elektrischen Energieerzeugung ausschließlich aus Wind und Sonne. Auf Grund der fachlichen Expertise der maßgebenden Kommissionsmitglieder darf hierbei von einem Schritt zurück in die Zeiten vor der Aufklärung gesprochen werden.

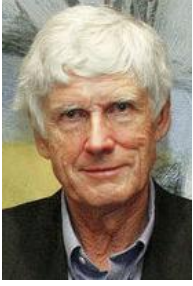
Die Aufgabe der deutschen Kernkraftnutzung ist sachlich nicht begründbar. Der Sicherheitsstandard deutscher Anlagen gehört weltweit zu den höchsten seiner Art. Die in Deutschland ausschließlich eingesetzten Leichtwasserreaktoren sind gegen eine Explosion (GAU) inhärent sicher, was der Öffentlichkeit unbekannt ist. Wir sind zudem unweit unserer Landesgrenzen von Kernkraftwerken benachbarter Nationen umgeben, so dass deutsche Sicherheitsvorkehrungen hier nicht mehr greifen. Von einem hypothetischen Störfall, der etwa vom französischen

Kernkraftwerk Cattenom ausginge, wären sowohl das Saarland als auch das französische Lothringen gleichermaßen betroffen.

Durch die Abkehr von der Kernenergie fehlt uns rund ein Viertel des bislang erzeugten Stroms. Wenn diese Menge wenigstens durch unverzüglichen Neubau von Kohlekraftwerken (Strom aus Gaskraftwerken ist zu kostspielig) ausgeglichen würde, ließe sich der durch das Abschalten von Kernkraftwerken entstandene volkswirtschaftliche Schaden noch in Grenzen halten. Dies ist aber von der derzeitigen Bundesregierung – zumindest offiziell – nicht vorgesehen. Hinzu kommen inzwischen Bürgerproteste gegen den Bau jedweder Art von neuen Kraftwerken. Der Neubau von Kohlekraftwerken wird allerdings kommen müssen, anderenfalls gehen hierzulande die Lichter aus und die Produktion wird zum Stillstand kommen. Mit Strom aus Wind, Sonne und Bioenergie ist die Versorgung einer Industrienation wie Deutschland grundsätzlich nicht möglich. Dennoch setzt die derzeitige Regierungskoalition mit der Energiewende auf diese alternativen Methoden der Stromerzeugung. Bis zu 80% Anteile und mehr an der Gesamtstromerzeugung soll mit grünem Strom in wenigen Jahrzehnten erreicht werden. Kann dies gelingen, wenn eine ganze Nation an einem Strang zieht?

Die Antwort lautet definitiv nein, denn gemäß naturwissenschaftlichen Gesetzen und allen technischen Regeln sind Windräder, Photovoltaik und Biomasse für die Stromerzeugung einer Industrienation auf größerer Skala grundsätzlich ungeeignet. Dieser Mangel ist mit keiner Art von technischem Fortschritt behebbar. Naturgesetze lassen sich nun einmal auch von der Politik nicht aus den Angeln heben.

Der gesamte Text [hier als pdf-download...](#)



Zum Autor: Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke ist Pressesprecher des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE), Studium der Physik, Forschungstätigkeit Kernphysik, Industrietätigkeit, Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes. Nach Pensionierung Forschungstätigkeit statistische Analyse von Temperaturreihen. Für den hier verfassten Aufsatz relevante Publikationen: drei begutachtete Veröffentlichungen zur Atmosphärenphysik in internationalen Fachzeitschriften (einzusehen in eike-klima-energie.eu). Kontakt: luedeckesb@aol.com

EU-Parlament: Innenminister rechtspopulistisch

Mehrere EU-Innenminister hatten vor einigen Tagen angekündigt, daß es unter Umständen vielleicht irgendwann einmal, Gott behüte, möglich sein könnte, wieder für wenige Stunden Grenzkontrollen einzurichten. Jetzt ist die herrschende Clique im EU-Parlament [mächtig empört und bezeichnet](#) die Innenminister als Rechtspopulisten! Das Parlament werde Klage gegen die Änderung der Rechtsgrundlage beim Europäischen Gerichtshof einreichen. Das ist die EUdSSR, wie sie leibt und lebt. Einwandernde und herumziehende Verbrecherbanden haben Vorrang vor dem Schutz der eigenen Bürger.